

**Geschäftsführung
Finanzausschuss**

Herr Müller (20)

Telefon: (0221) 221-24649

Fax : (0221) 221-23902

E-Mail: Michael.Mueller6@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2019

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des
Finanzausschusses vom 09.12.2019****öffentlich****10.24 Kiosk Rheinboulevard
3247/2019**

RM Joisten kritisiert das Vorgehen der Verwaltung. Seine Fraktion halte an dem ursprünglichen zielgerichteten und sozial gerechten Ratsbeschluss fest, ein ausgewogenes Angebot zu schaffen. Das Angebot des Hyatt-Hotels sei hochpreisig. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag werde das Votum des Rates unterlaufen. Diesem könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Herr Beigeordneter Greitemann sagt, er habe hohen Respekt vor Ratsbeschlüssen. In diesem Fall haben sich in der Zwischenzeit die Rahmenbedingungen verändert. Die vorliegende Beschlussvorlage sei als Alternativvorschlag zu werten, der auf den Erkenntnissen aus der Erprobungsphase beruhe. Er halte es demnach nicht für sinnvoll, einen städtisch betriebenen Kiosk zu bauen.

RM Frank hält die Beschlussvorlage für schlüssig. Es habe zum Zeitpunkt des ersten Ratsbeschlusses eine andere Lage gegeben, da es kein ausreichendes Angebot gegeben habe. Nun gebe es aber das Angebot des Hyatt-Hotels, das er nicht als hochpreisig empfinde. Zusammen mit dem mobilen Ausschankwagen sei ein breites gastronomisches Angebot sichergestellt. Schon bei der damaligen Beschlussfassung sei klar gewesen, dass es schwierig sein würde, einen Betreiber zu finden. Mit guten Gründen habe sich die Stadt aus dem Betreiben eigener gastronomischer Angebote weitgehend zurückgezogen.

Er würdige das besondere Engagement der Bezirksvertretung Innenstadt in dieser Frage.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat beschließt keine feste und dauerhafte Verkaufsstelle (Kiosk) im Bereich Rheinboulevard zu errichten. Das zusätzliche niederschwellige Angebot über einen temporären Ausschankwagen soll jedoch auch in den folgenden Jahren fortgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der SPD-Fraktion - zugestimmt